

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen
Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Junges Duisburg/DAL,
Piraten-SGU-BL und der FDP-Gruppe**

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt Duisburg	27.11.2017	Entscheidung

Betreff

Innenstadt lebendig gestalten – Stillstand auf dem ehemaligen Güterbahnhofsgelände beenden

Vorbemerkung

Duisburg hat entschieden: Mit einem Bürgerentscheid wurde der Grundsatzbeschluss vom 1. Februar 2017 (Drucksache 17-0025) eindeutig abgelehnt. Wir, die Antragsteller, begrüßen die demokratische Entscheidung der Duisburger Bevölkerung ausdrücklich. Politisch völlig verantwortungslos handelt derjenige, der mit dieser Entscheidung nicht einverstanden ist und sich dem notwendigen Diskurs durch Passivität und erzwungene Ratsmehrheiten entziehen will. Für eine nachhaltige Innenstadtentwicklung müssen wirtschaftlich tragfähige, ökologisch sinnvolle und sozial abgestimmte Konzepte Hand in Hand gehen. Aufgrund einer Vielzahl von Rahmenbedingungen scheint der Niedergang der Innenstadt voranzuschreiten. Dem kann und soll durch besondere Beachtung des schon vorhandenen Einzelhandels entgegengewirkt werden.

Die Verwaltung ist daher umgehend gefordert.

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich zu eruieren, wie lange die vom Grundstückseigentümer angekündigte „Denkpause“ dauern wird. Alle Ratsmitglieder werden schnellstmöglich darüber informiert.

2. Die Verwaltung wird die filmdokumentierte Aussage, dass das in Rede stehende Grundstück („Kriegergelände“) zum Einkaufspreis zurückgekauft werden kann, überprüfen, mit dem Eigentümer in Verhandlungen eintreten und gegebenenfalls alle Vorbereitungen zum Rückkauf treffen. Hierüber ist der Rat so schnell wie möglich zu informieren. Ein verbindlicher Zeitplan der weiteren Schritte ist dabei vorzulegen.
3. Die Verwaltung informiert den Rat (ggf. nichtöffentlich) frühzeitig über jeden Interessenten.
4. Der Rat bestätigt den Grundsatzbeschluss zur Planung im Sinne der „Duisburger Freiheit“ und fordert den Oberbürgermeister auf, an der Realisierung einer Planung für ein urbanes Quartier zu arbeiten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, über positive Veränderungen der Rahmenbedingungen und daraus abgeleitete Verfahrensschritte zur Stärkung der Innenstadt mit allen Akteuren (u. a. Handel, IHK, Kultur, Citymanagement) in den Diskurs einzutreten. Der Rat ist zeitnah über Ergebnisse dieser Gespräche zu informieren.